

**Mitteilung der Verwaltung
Vorlage Nr.: 20200401**

Status: öffentlich

Datum: 10.02.2020

Verfasser/in: Ingbert Ridder

Fachbereich: Amt für Geoinformation, Liegenschaften und Kataster

Bezeichnung der Vorlage:

Prüfauftrag zur kommunalen Bewirtschaftung von Bauland

Bezug:

Beratungsfolge:

Gremien:

Ausschuss für Planung und Grundstücke

Sitzungstermin:

25.02.2020

Zuständigkeit:

Kenntnisnahme

Kurzübersicht:

Die weitere Vorgehensweise zur Umsetzung des Prüfauftrages wird dargestellt. Die Durchführung des geplanten Workshopverfahrens soll beraten werden.

Wortlaut:

Bereits in den Mitteilungen der Verwaltung Nr. 20181679 (Eckpunkte für die kommunale Bewirtschaftung von Bauland), 20191885 (Neufassung Gemeindeordnung) sowie 20193459 (Künftige Anwendung des Erbbaurechtes in Bochum) wurde über die Umsetzung des Prüfauftrages zur kommunalen Bewirtschaftung von Bauland berichtet.

Herr Professor Kötter als externer Moderator hat in Abstimmung mit der Verwaltung einen Vorschlag für die weitere Vorgehensweise entwickelt, der in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Grundstücke am 25.02.2020 vorgestellt und beraten werden soll.

Es ist vorgesehen, ein partizipatives Workshopverfahren durchzuführen mit dem Ziel, die derzeit angewendeten Instrumente und Verfahren der kommunalen Bodenpolitik im Hinblick auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Stadtentwicklung zu überprüfen sowie ggf. fortzuentwickeln und neu auszurichten. Zu den zentralen aktuellen Herausforderungen für die kommunale Bodenpolitik gehören die Entwicklung und Mobilisierung von Bauland für Wohnzwecke, die Schaffung von ausreichend und bezahlbarem Wohnraum, die Bereitstellung bedarfsgerechter sozialer Infrastruktur, die Revitalisierung von Brachflächen, die Mobilisierung von baureifen Grundstücken im Bestand, die Finanzierung der städtebaulichen Folgekosten, die Schaffung stabiler sozial- und funktionsgemischter Quartiere sowie Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

Alle Handlungsfelder weisen einen Flächen- und Bodenbezug auf. Deshalb sind steigende Boden- und Mietpreise als Folge von Flächenknappheit und fehlender Flächenmobilität vielfach ein gravierendes Hemmnis für die Erreichung dieser Ziele. Die Bedeutung und die Er-

forderlichkeit einer zielorientierten und effektiven Bodenpolitik zur Bewältigung dieser Herausforderungen und Aufgaben ist daher offensichtlich. Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmäßig zu sein, zur optimalen Zielerreichung eine systematische Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung und Neuausrichtung der bisherigen bodenbezogenen Strategien und Instrumente der Stadt Bochum vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund sollen die bislang in Bochum verfolgten Ansätze der Bodenpolitik überprüft sowie im Hinblick auf die künftigen Herausforderungen bewertet und ggf. Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung unterbreitet werden.

Dazu wird ein Workshopverfahren vorgeschlagen, in das die relevanten Akteure, insbesondere aus Politik und Verwaltung sowie ggf. der Wohnungswirtschaft einbezogen werden. Ziel ist es, die wesentlichen Herausforderungen für die kommunale Bodenpolitik zu identifizieren, die künftigen Ziele zu formulieren sowie die Instrumente und Verfahren für deren Umsetzung zu optimieren. Das Workshopverfahren soll eine effiziente Beteiligung der Akteure und eine hohe Akzeptanz der Ergebnisse gewährleisten.

Den Auftakt des Verfahrens bildet ein Workshop, bei dem auf der Grundlage der bereits vorliegenden differenzierten und aktuellen Analysen des Wohnungs- und Baulandmarktes sowie der erstellten Handlungskonzepte die bisher angewendeten Verfahren und Instrumente der Baulandbewirtschaftung auf den Prüfstand gestellt, analysiert und bewertet werden sollen. Je nach Themenumfang und Intensität der Diskussion sind ein oder zwei weitere Workshops oder andere Beratungsformate denkbar und sinnvoll.

Das Konzept für die zukünftigen Instrumente und Verfahren des bodenpolitischen Handelns der Stadt Bochum wird abschließend in einem zusammenfassenden Bericht dokumentiert. Die Ergebnisse werden als Leitfaden für das praktische Handeln systematisch und praxisgerecht aufbereitet und können Grundlage für eine politische Beschlussfassung sein.

Die geplante Vorgehensweise wird in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Grundstücke durch die Verwaltung ergänzend erläutert und es soll eine Meinungsbildung erfolgen, ob und wie Mitglieder des Ausschusses und ggfs. weiterer Ausschüsse in das Workshopverfahren eingebunden werden können. Der Auftakt-Workshop sollte nach Möglichkeit bereits im März oder April stattfinden.

Anlagen: